Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “Mehr” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (WL/JB)

1. Steinbrück
2. Albrecht von Lucke – Hartz IV: Das doppelte Schisma oder: Das stählerne Gehäuse der Angst
3. Michael Hudson – Financial Conquest or Clean State?
4. Sparpolitik sorgt für trübe Wirtschaftsaussichten
5. Demografiewandel: Die Oma macht’s billiger!
6. Auf sicherem Grund? – Aspekte des Immobilienbooms in Deutschland
7. Die Treuhand oder: Eine neue deutsche Teilung
8. Der Meister des großen Geldes
9. FDP verschwieg Verbindungen zur Glückspiellobby
10. Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Ergo-Manager
11. Das doppelte Gesicht des Westens
12. Philip Plickert (FAZ), Wirtschaftsredakteur, versteht die Wirtschaft nicht – Über einen, der auszog, die ökonomische Wirklichkeit zu ignorieren
13. Banken als tickende Zeitbomben
14. Ex-Verfassungsschützer Roewer stellt Buch vor: Ein Mann, ein Skandal
15. Zu guter Letzt: Steinbrück bereit, hohe Nebeneinkünfte gegen ein Honorar von

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Steinbrück**
   a. **«Das ist die Verquickung par Excellence»**
   Peer Steinbrücks Bankenpapier wurde von der Grosskanzlei Freshfields ausgearbeitet. Dieser Fall von Gesetzes-Outsourcing laufe stark über eine gewöhnliche Beratung hinaus, sagt Staatsrechtler Alexander Thiele.
   In Deutschland wird Peer Steinbrück derzeit heftig kritisiert, weil er 2011 einen Vortrag bei der Wirtschaftskanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer gehalten habe und dafür mindestens 7000 Euro erhalten habe.
   Weniger im Fokus des öffentlichen Aufruhrs steht dabei die Tatsache, dass die internationale Grosskanzlei drei Jahre zuvor den Entwurf für das Finanzmarktstabilisierungsgesetz ausformulierte, der in Steinbrücks Amtszeit als Bundesfinanzminister als Eilgesetz verabschiedet wurde, um die Banken zu

stabilisieren. Innerhalb von wenigen Tagen haben damals die Anwälte von Freshfields, eine der grössten und renomiertesten Kanzleien weltweit, den Text entwickelt und der deutschen Bundesregierung vorgelegt.
Quelle: Tagesanzeiger

b. **Steinbrücks Nebeneinkünfte oder Die Stunde der Populisten**
[…] Nun, einen Tag nach der Inthronisierung als SPD-Kanzlerkandidat, entdecken auf einmal auch die Regierungsparteien diese offene Flanke Steinbrücks. Einer der ersten, die sich öffentlich zu Wort meldeten, war – wie sollte es anders sein – der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer. Steinbrück solle seine Nebeneinkünfte offenlegen, und zwar detailliert, forderte er breitenwirksam via BILD. Für die FDP verlangte der Abgeordnete Patrick Kurth, Generalsekretär seiner Partei in Thüringen, sogar Aufklärung von Bundestagspräsident Norbert Lammert darüber, ob Steinbrücks Nebentätigkeiten vom Abgeordnetengesetz gedeckt seien.
Es war die Stunde der Populisten.
Dass sich nun aber ausgerechnet Vertreter von CSU und FDP zu Verteidigern von Transparenz und Moral in Sachen Nebeneinkünfte aufschwangen, das verlangte schon ein gehöriges Maß an Chuzpe. Denn seit über einem Jahr sind es die Koalitionsfraktionen, die sich gegen mehr Transparenz bei Nebeneinkünften zur Wehr setzen und eine Reform der Veröffentlichungspflichten erfolgreich blockieren (s. rechts). FDP-Fraktionsgeschäftsführer Jörg van Essen gab gegenüber abgeordnetenwatch.de sogar offen zu, dass es in seiner Fraktion "erhebliche Einwände gegen die vorliegende Lösung" gebe – dabei hatte sie van Essen in der Rechtsstellungskommission des Ältestenrates ursprünglich selbst mit ausgehandelt.
Quelle: Abgeordnetenwatch

dazu: **Abgeordnete verdienten mindestens 22,5 Mio. nebenher – jetzt alle Einkünfte offenlegen!**
Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags haben nach unseren Berechnungen seit der Wahl im September 2009 mindestens 22,5 Mio. Euro nebenher verdient. Der Berechnung zugrunde liegen sämtliche monatlichen und jährlichen Einkünfte, die von den Parlamentariern gegenüber der Bundestagsverwaltung angegeben wurden. Tatsächlich dürfte die Summe aber sehr viel höher liegen. Denn ob ein Volksvertreter für einen Aufsichtsratsposten oder einen Vortrag 10.000 oder 100.000 Euro kassiert, muss er nach den geltenden Veröffentlichungspflichten des Bundestags nicht darlegen. In diesem Fall reicht die einfache Angabe "Einkünfte über 7.000 Euro", das entspricht im

Stufensystem des Bundestags der Höchststufe 3. […]
Die Blockade aus den Reihen der Abgeordneten ist auch deshalb erstaunlich, weil die allermeisten Volksvertreter von schärferen Offenlegungspflichten überhaupt nicht betroffen wären. Lediglich 193 der 620 Bundestagsabgeordneten haben zusätzlich zu ihren Diäten weitere Einkünfte. 126 von ihnen geben gegenüber der Bundestagsverwaltung zumindest einen Nebenverdienst in der Höchststufe 3, also "über 7.000 Euro", an (CDU: 59 / FDP: 25 / CSU: 18 / SPD 17 / Linke 5 / Grüne 2). Dabei handelt es sich beispielsweise um Honorarvorträge wie im Fall Steinbrück, um Aufsichtsrats- und Beiratsposten oder um Einkünfte aus Tätigkeiten von Selbstständigen, also etwa Rechtsanwälte, Unternehmensberater oder Landwirte. Offiziell gelten zwar auch Bezüge aus Partei- und Fraktionsämtern, Ministerposten oder das Gehalt der Bundeskanzlerin als Nebeneinkunft, doch diese sind nicht das eigentliche Problem.
Quelle: Abgeordnetenwatch

c. **Transparency International rügt Steinbrück**
Die Kritik an Peer Steinbrück wird lauter: In den Streit um die Nebeneinkünfte des SPD-Kanzlerkandidaten schaltet sich jetzt auch Transparency International ein. Die Anti-Korruptions-Wächter fordern ihn auf, seine wahren Auftragnehmer offenzulegen.
Quelle: SPIEGEL Online

d. **Steinbrücks neue Bankenwelt Was ist wirklich neu daran?**
Die Bändigung des Finanzmarktes und der Bankenmacht – das hat sich der frischgekürte SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück auf die Fahnen geschrieben. Doch: Wie sinnvoll und glaubwürdig sind seine Vorschläge. report MÜNCHEN über Anspruch und Wirklichkeit des Kandidaten.
Quelle: Report München

2. **Albrecht von Lucke – Hartz IV: Das doppelte Schisma oder: Das stählerne Gehäuse der Angst**
Spätestens seit dem zehnten Jahrestag der „Hartz–Verkündigung" am 16. August 2002 durch Bundeskanzler Gerhard Schröder und VW-Personalchef Peter Hartz im Französischen Dom zu Berlin wird erregt über die Frage debattiert, ob die Agenda-Reformen dem Land eher ökonomische Stabilität oder soziale Spaltung beschert haben. Was dagegen viel zu wenig beleuchtet wird, sind die psychologischen Auswirkungen, unter denen die Republik seit Einführung der Reformen leidet. Denn längst ist Hartz IV weit mehr als ein bloßes Gesetz. Die Chiffre Hartz IV – das bedeutet für Tausende Menschen ein radikales Gefühl der Verunsicherung ihrer Lebensläufe, die Sorge, von einem Tag auf den anderen ins Nichts zu stürzen und damit den

sozialen Abstieg wie einen kalten Entzug zu erleben. Hartz IV steht damit für ein doppeltes, gesellschaftliches Schisma: das der Unterscheidung in Produktive und Unproduktive und das der politischen Linken in Agenda-Verteidiger und erbitterte Gegner.
Quelle: Gegenblende

3. **Michael Hudson – Financial Conquest or Clean State?**
The turning point was in 1980. Right after Margaret Thatcher led Britain's Conservatives into office and began privatizing at enormous commissions that made the financial sector richer than ever before, the Reagan Administration was elected in the United States. Drexel Burnham led the transformation of the stock market into a vehicle for corporate raiders to take over companies, load them down with debt and pay out profits as interest. Just as real estate speculators hoped to end up with a capital gain, so raiders sought to resell companies at a gain – by downsizing the labor force, shifting to non-union labor, and renegotiating employee pensions downward by threatening bankruptcy as an alternative (leaving the Public Benefit Guarantee Corp. stuck with the bill). As an added bonus, the raider might grab the corporate pension fund or Employee Stock Ownership Plan (ESOP) for a quick payout to creditors, as Sam Zell did with the Chicago Tribune. So corporate financialization became destructive instead of productive. […]
Derivatives are bets on the price of assets and on which way interest rates – and hence, bond prices – will go. Banks place arbitrage bets on stocks, currencies or anything they want to. The result is a casino economy betting on which way prices will go rather than actually producing goods and services. But the banks don't use money for this, so the bet is a "contingent liability" with an elusive statistical appearance, like the Higgs-Boson in physics. If you bet on the future but haven't won anything or had to pay, the mere fact that a bet is outstanding doesn't appear in your income-tax statement or even on your current balance sheet.
The problem is that for every winner there is a loser. So the economy as a whole doesn't gain. On balance it's a zero-sum game. In fact, large losers who can't afford to pay the winners receive public bailouts. The winners insisted in 2008 that the government keep the game solvent by TARP, the Troubled Asset Relief Program, which should have referred to troubled gambles – the "assets" of the winners. The "crisis" only would have closed down the casino, not the "real" economy. But the government capitulated and agreed to keep the financial casino's big players solvent so that winners could collect on their bets. So the central bank and Treasury print enough more public debt to make bad debts good. The big players are made winners, but by leaving the government with more debt. This debt is not a result of more current spending into the economy. It is purely a balance sheet winner/loser phenomenon.

Quelle: Michael Hudson

Anmerkung unseres Lesers E.J.: *Ein fundierter und ausführlicher Querschnitt durch alle Bereiche und Aspekte der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise angereichert mit wirtschaftshistorischen Reminiszenzen: Nachdenkseiten „in a nut schell" mit Sahnehaube ! Brillant und etwas Beängstigend.*

4. **Sparpolitik sorgt für trübe Wirtschaftsaussichten**
   Dank des deutschen Austeritätsdogmas hält das IMK hierzulande auch eine Rezession für denkbar
   So unvermindert wie die deutsche Bundesregierung gemeinsam mit der Europäischen Kommission an ihrer "Sparpolitik" für die krisengeschüttelten Euro-Staaten festhalten, so unvermindert sinken die Hoffnungen auf eine baldige Belebung der Konjunktur in Deutschland und Europa. Zu diesem Schluss kommt die aktuelle Wirtschaftsprognose des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) . Dank der Austerität und der restriktiven Wirtschaftspolitik stagniert die Wirtschaftsleistung der EU in den ersten beiden Quartalen, in der Folge ist die Arbeitslosigkeit im Euroraum im Juli auf 11,3 Prozent gestiegen.
   Quelle: Telepolis
5. **Demografiewandel: Die Oma macht's billiger!**
   Die alte Dame muss heute zum Arzt in die 20 km entfernte ostdeutsche Kleinstadt X. Doch die letzte Buslinie wurde schon vor Jahren eingestellt – zu unrentabel. Die Post wird immerhin noch zugestellt. Und so schloss die Kommune mit dem Paketdienst einen Vertrag: Auf dem Rückweg transportiert der Paketbote fünf Bewohner in die Stadt. Die demografischen Veränderungen in der Fläche erfordern Kreativität. Im Jahr 2060 werden – bei einer angenommenen Zuwanderung von 100 000 Menschen jährlich – nur noch 65 bis 70 Mio. Menschen in Deutschland leben. Rund 17 Mio. weniger als noch 2010 (siehe Grafik). Die Leute werden älter, die Zahl der Menschen im Erwerbsalter nimmt deutlich ab. Was bedeutet das für die öffentliche Daseinsvorsorge? Ein Problem wird sein, die Infrastruktur kostendeckend in Schuss und überhaupt bereit zu halten. Also Verkehrsnetze, Wasser/ Abwasserleitungen, Energieversorgung, die der Energiewende entspricht, die richtige Zahl gut ausgestatteter Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen und Hochschulen sowie Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser. Und natürlich die öffentliche Verwaltung. Diese Auflistung macht deutlich: Demografie ist eine Querschnittsaufgabe, und völlig zu Recht geht die Bundesregierung das Thema interministeriell an. Nun sollen auch die Sozialpartner und Verbände einbezogen werden. Sie sollen in Arbeitsgruppen mit der Bundesregierung diskutieren, was sie im Demografie-Bericht schon veröffentlicht

hat. Und da gilt es manches kritisch zu hinterfragen.
Quelle: DGB [PDF – 135 KB]

Anmerkung MB: *Die Schlussfolgerungen sind durchaus richtig. Allerdings kann einem bei dem Gedanken etwas komisch werden, dass die Gewerkschaften solche Instrumente wie 50-Jahres-Prognosen als Aufhänger benutzen, die wir normalerweise von neoliberalen Versicherungslobbyisten kennen.*

6. **Auf sicherem Grund? – Aspekte des Immobilienbooms in Deutschland**
   Anleihen und Schatzbriefe sind out – Immobilien sind der Renner bei Investoren. Die meisten glauben: Wer Grund, Wohnungen oder Häuser kauft, legt sein Geld sicher an. Doch auf dem Immobilienmarkt gibt es Zeichen der Überhitzung.
   Quelle: Bayern2 – Dossier Politik (Audio-Podcast, mp3, ca. 44,6 MB, ca. 49 Minuten)

   Anmerkung MB: *Hoch interessant. Da erfahren wir unter Anderem, dass griechische Multimillionäre ihr Geld in Sicherheit bringen und in deutschen Immobilien anlegen. Wohnungsbau-Ivestoren erzielen trotz vernachlässigter Investitionen und verwahrloster Siedlungen immer noch Gewinne beim Verkauf ehemaliger öffentlicher Wohnsiedlungen; das kann nur daran liegen, dass die öffentlichen Eigentümer die Wohnungen damals mit viel zu niedrigen Preisen verkauften.*

7. **Die Treuhand oder: Eine neue deutsche Teilung**
   Vor Kurzem bezeichnete Thilo Sarrazin – immer für eine Schlagzeile schlecht – die Abwicklung der DDR-Wirtschaft als eine Notschlachtung, so, wie Schweine gekeult werden, die keiner mehr essen will. Im Allgemeinen ist wenig geläufig, dass der allseits bekannte Provokateur als Beamter dabei eine wichtige Rolle spielte. Noch immer gehen die Meinungen über die Treuhand weit auseinander, bleibt vieles ungeklärt. War diese Anstalt das größte Schlachthaus Europas oder im Vergleich zu Polen oder Tschechien der bessere Übergang vom Staatssozialismus zum Kapitalismus? Warum brachte sie, zuständig für 15000 Betriebe und vier Millionen Beschäftigte, also für die gesamte DDR-Wirtschaft, nur 34 Milliarden Euro ein? Weshalb mussten die Steuerzahler in Ost und West für einen Verlust von über 122 Milliarden aufkommen?
   Quelle: Hintergrund
8. **Der Meister des großen Geldes**
   Wer ist Sebastian Turner, der Kandidat der Konservativen? Und warum will er in Stuttgart Oberbürgermeister werden? Es könnte Kanzlerin Merkel sein, die ihre Partei in Baden-Württemberg retten will. Sicher ist nur eines: Der Multimillionär ist der Kandidat des großen Geldes. […]

Stuttgart liegt eben nicht in den USA, wo Multimillionäre zum politischen Alltag zählen. Dort hat Turner sein politisches Vorbild gefunden: Michael Bloomberg, den Bürgermeister von New York. Von Bloomberg hat der Deutsche zum Beispiel gelernt, dass man als "unabhängiger Politiker" leichter agieren kann. Aber schon bei der Finanzierung des Wahlkampfs – Milliardär Bloomberg bezahlte ihn größtenteils aus der eigenen Tasche – will Turner seinem Vorbild nicht folgen. Stattdessen hat er zusammen mit CDU-Kreischef Stefan Kaufmann eine von LobbyControl heftig kritisierte Konstruktion gewählt. Er hat einen Wahlverein gegründet, der sich nicht an die Vorschriften des Parteiengesetzes halten muss.
Turners Wahlkampfetat liegt nach eigenen Angaben bei 400 000 Euro, sein Eigenanteil bei 30 000 Euro. Einzelspenden über 10 000 Euro habe der Wahlverein bisher nicht erhalten, versichert der Bewerber. Wie viel Geld die klamme CDU, die FDP und die Freien Wähler einbringen, ist unbekannt. Bekannt ist lediglich, dass der Daimler-Konzern der CDU im Mai diesen Jahres 150 000 Euro überwiesen hat. Die gleiche Summe bekam die SPD. […]
Aber was will er im Stuttgarter Rathaus? Gerüchten aus seiner Umgebung zufolge will der Multimillionär den OB-Wahlkampf und das zweitwichtigste Amt im Land vor allem als Sprungbrett nutzen. "Acht oder gar 16 Jahre denselben Job machen", so ein langjähriger Turner-Freund, "das kann der Sebastian gar nicht." Der brauche alle paar Jahre ein neue Herausforderung. Und wenn er sich als OB bewähre, könne er 2016 Winfried Kretschmann als Ministerpräsident ablösen. Denn der beliebte "Landesvater" werde wohl wegen seines hohen Alters nicht mehr antreten. Und die CDU in Baden-Württemberg habe kein brauchbares Personal.
Offiziell bestätigen wird diese Pläne niemand. Doch in einer Anzeige für die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" ("Dahinter steckt immer ein kluger Kopf") kokettierte Turner bereits vor zwei Jahren mit einer politischen Karriere. Er setzte sich für das Werbefoto zusammen mit anderen auf die Wiese vor das Schloss Bellevue, die Residenz des Bundespräsidenten. Hinter der aufgeschlagenen FAZ sitzt Joachim Gauck, der auch noch ein bisschen warten musste. Eine Selbstinszenierung "in bester Alfred-Hitchcock-Manier" hieß es damals in der Werbebranche. Heute fragt man sich, ob dies ein Fingerzeig sein sollte für das Fernziel des Sebastian Turner. Ein Multimillionär als Präsident. Das wäre dann die Vollendung der Revolution von oben, an der Turner zusammen mit Gesamtmetall so viele Jahre gebastelt hat.
Quelle: Kontext Wochenzeitung

9. **FDP verschwieg Verbindungen zur Glückspiellobby**
   Die FDP hat die Öffentlichkeit über ihre Verbindungen zur Glücksspielfirma Gauselmann getäuscht. Das zeigt der Mitschnitt einer Pressekonferenz, auf der die FDP fragwürdige Geschäfte rund um die FDP-Tochter altmann-druck verteidigte. FDP-

Generalsekretär Patrick Döring bestritt eine Verbindung zu Gauselmann und behauptete, es gebe bei dem Einstieg eines Gauselmann-Beraters bei altmann-druck nichts Verdecktes. Beides ist nachweislich falsch. Die Gauselmann AG hat am 24. September eingeräumt, dass Schlottmann tatsächlich als Treuhänder der Gauselmann-Gruppe bei FDP-Tochterfirmen eingestiegen war. Dieses Treuhandverhältnis war im Handelsregister nicht erkennbar und folglich für die Öffentlichkeit fünf Jahre lang verborgen.
Quelle: LobbyControl

dazu auch: **FDP verschwieg Verbindung zur Glücksspielkönig**
Die FDP wehrt sich vehement gegen den Vorwurf, vom Spielhallenkönig Gauselmann verdeckt Geld zugeschoben bekommen zu haben. Doch jetzt stellt sich heraus, dass Generalsekretär Döring mehr wusste, als er zuerst zugab.
Quelle: Handelsblatt

10. **Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Ergo-Manager**
Es gibt neuen Ärger für die Ergo: Interne Dokumente legen mehr als 3500 Betrugsfälle bei Riester-Verträgen nahe. Die Versicherung verschleppte die Aufklärung jahrelang.
Quelle: Handelsblatt

Anmerkung MB: *Tja, woher soll denn das Geld kommen, mit dem Vorzeige-Aufsichtsräte wie der Versicherungs- und Arbeitgeberlobbyist Raffelhüschen, bumsfidele Bonusreisen nach Budapest oder Jamaica oder andere schöne Veranstaltungen bezahlt werden …*

11. **Das doppelte Gesicht des Westens**
Der Westen blickt doppelgesichtig auf die arabische Welt: weil er selbst nicht so säkular ist, wie er tut – und weil er lange weltweit auf die Religiösen gesetzt hat. Oder anders gesagt: Den muslimischen Gesellschaften wurde nie eine Chance gegeben, eine säkulare Demokratie zu entwickeln.
Quelle: Tagesspiegel
12. **Philip Plickert (FAZ), Wirtschaftsredakteur, versteht die Wirtschaft nicht – Über einen, der auszog, die ökonomische Wirklichkeit zu ignorieren**
"Die deutsche Lohnzurückhaltung seit der Jahrtausendwende war nicht Ergebnis staatlicher Vorgaben, sondern freier Tarifverhandlungen unter dem Eindruck der Massenarbeitslosigkeit. Sie ist vor dem Hintergrund der überhöhten Lohnsteigerungen in den neunziger Jahren nach der Wiedervereinigung zu sehen, die korrigiert werden mussten."
Das schreibt Philip Plickert – bei dem es ganz offensichtlich nicht ganz richtig tickert –

in der FAZ.
Nicht nur, dass ein kurzer Blick in die Ameco-online-Datenbank des Statistischen Amts der Europäischen Union, kurz Eurostat, ihn hätte eines besseren belehren können. Um zu sehen, ob es in Deutschland in den 1990er Jahren "überhöhte Lohnsteigerungen" gab, wie Plickert behauptet, ist es ratsam, die Lohnstückkostenentwicklung – die die nominale Lohnentwicklung ins Verhältnis zur Produktivitätsentwicklung setzt – Deutschlands mit der des größten Handelspartners, Frankreich, und der der Eurozone insgesamt zu vergleichen.
Quelle: Wirtschaft und Gesellschaft

13. **Banken als tickende Zeitbomben**
Malte Heynen über die Verantwortung der Deutschen Bank bei der Bankenkrise und ihre realen Dimensionen. Teil 1
Nach Ansicht des Journalisten Malte Heynen sind wir auch im vierten Jahr nach dem großen Beinahe-Zusammenbruch des internationalen Bankensystems nicht am Ende der Wirtschaftskrise angelangt, sondern stehen an deren Anfang. Mit den diversen Bankenrettungsschirmen und dem ESM wurde die Katastrophe nicht verhindert, sondern nur ihr Ausbruch vertagt: „Uns droht der größte Wirtschaftscrash der Geschichte." Dafür sind aber nicht individuelle moralische Verfehlungen innerhalb der spekulationswütigen Bankergilde verantwortlich zu machen, sondern das Bankensystem als Ganzes krankt an grundlegenden Konstruktionsfehlern. Wie Heynen in seinem Buch Raubzug der Banken ausführlich darlegt, war einer der Mit-Verursacher der Krise die Deutsche Bank.
Quelle: Telepolis

14. **Ex-Verfassungsschützer Roewer stellt Buch vor: Ein Mann, ein Skandal**
Wen intime Details über Roewers Wohnungssuche interessieren, muss sein Buch „Nur für den Dienstgebrauch" unbedingt lesen. Allen anderen müsste reichen, wie wenig es dem Ex-Verfassungsschützer ausmacht, mit einem rechten Verlag zusammenzuarbeiten. Wie einer nichts verrät und alles offenbart.
Quelle: Süddeutsche

15. **Zu guter Letzt: Steinbrück bereit, hohe Nebeneinkünfte gegen ein Honorar von 20.000 Euro zu erklären**
Berlin (dpo) – Der erst kürzlich gekürte Kanzlerkandidat der SPD Peer Steinbrück steht in der Kritik, weil er die ungewöhnlich hohen Einnahmen aus seiner Tätigkeit als Berater und Redner nicht offenlegen will. Nun erklärte sich Steinbrück immerhin bereit, eine ausführliche Stellungnahme zu den Anschuldigungen abzugeben – allerdings nur, wenn er dafür einen fünfstelligen Betrag, mindestens aber 20.000 Euro erhält.
„Ich wollte mich zu diesem Thema eigentlich überhaupt nicht äußern, würde es mir

aber für ein üppiges Honorar noch einmal überlegen“, erklärte Peer Steinbrück gegenüber dem Postillon. „Ich erwarte dafür allerdings mindestens 20.000 Euro. Dieser Betrag ist branchenüblich, niedrigere Summen würden nicht nur dem Preisgefüge, sondern auch meinem Marktwert schaden.“ Ab 50.000 Euro, so Steinbrück, könnten etwaige Auftraggeber sogar inhaltlich vorgeben, was genau er sagen soll. Von einer Zurückweisung der Vorwürfe der Käuflichkeit als plumpes Wahlkampfmanöver bis hin zu einem zerknirschten Eingeständnis sei praktisch alles möglich. Mit der Frage konfrontiert, ob Auftritte als hochdotierter Berater und Redner nicht ein desaströses Bild in der SPD-Wählerschaft abgeben könnten, die sich eher aus dem Arbeitermilieu und einkommensschwächeren Schichten rekrutiert, antwortete Steinbrück: „Wissen Sie, ich habe nie verstanden, warum diese Menschen keine Reden in internationalen Bankhäusern halten. Das ist total einfach und darüber hinaus auch noch gut bezahlt.“
Quelle: Der Postillon